



Protokoll Nr. 18

**Sitzung von Donnerstag, 12. Juni 1997, 14.00 Uhr
im Grossratssaal im Rathaus**

Vorsitzender:
Präsident Martin Frick

Anwesend:

Ernst Aebersold
Raymond Anliker
Oskar Balsiger
Arnold Bertschy
Peter Blaser
Markus Blatter
Konrad Bossart
Michael Burkard
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Heidi Flückiger Ehrenzeller
Jean-Daniel Flückiger
Thomas Fuchs
Barbara Geiser
Hans Ulrich Gränicher
Simone Gretler Bonanomi
Adrian Haas
Rolf Häberli
Bernhard Hess
Andreas Hofmann

Stephan Hügli
Urs Jaberg
Alfred Jordi
Michael Jordi
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Andreas Krummen
Lilo Lauterburg
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Edith Lörtscher
Liselotte Lüscher
Nico Lutz
Irène Marti Anliker
Kurt Mäusli
Heinz Megert
Elsi Meyer
Christoph Müller
Edith Olibet
Ruth Rauch
Maria Regli Schmucki
Hans Peter Riesen

Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüeggsegger
Annemarie Sancar
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Erika Siegenthaler
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Sylvia Spring Hunziker
Christoph Stalder
Ernst Stauffer
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Luzius Theiler
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
René Zimmermann

Entschuldigt:

Silvia Aepli
Thomas Balmer
Sven Baumann
Adrian Berthoud

Ursula Hirt
Heinz Junker
Edith Madl Kubik
Anton Maillard

Barbara Mühlheim
Barbara Spörri
Peter Stucki

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Traktandenliste

- | | | |
|----|---|-----|
| 1. | Verwaltungsbericht für das Jahr 1996 | |
| 2. | Dringliche Interpellation Michael Jordi (GB): Haltung des Gemeinderats zu den Sparmassnahmen bei der öffentlichen Fürsorge (Begert) | 132 |

Ordentliche Traktanden

Verwaltungsbericht für das Jahr 1996

Sitzungskonzept

1. Eintretensdebatte als allgemeine Diskussion zum gesamten Verwaltungsbericht (Gesamtwürdigung, keine Detailfragen):
 - Kurzreferate der GPK-Sprecher(innen) zu den Direktionen
 - Fraktionserklärungen zum Gesamtbericht
 - Einzelvoten Stadtrat
 - erste Stellungnahmen des Stadtpräsidenten und der Mitglieder des Gemeinderats
2. Detailberatung der einzelnen Direktionsberichte:
 - Die Detailberatung beschränkt sich auf die vorgängig schriftlich eingereichten Fragen
 - GPK (Detailergänzungen, soweit nötig)
 - Einzelvoten
 - Kurze Antworten des Gemeinderats auf die gestellten Fragen

Reihenfolge der Direktionen:

- Präsidialdirektion
- Finanzdirektion
- Direktion der Stadtbetriebe
- Fürsorge- und Gesundheitsdirektion
- Polizeidirektion
- Schuldirektion
- Planungs- und Baudirektion

3. Rückkommensanträge (inkl. Antworten des Gemeinderats)
4. Schlussabstimmung

Maximale Redezeiten

- Eintretensdebatte:
 - GPK-Präsident: 14 Minuten
 - GPK-SprecherInnen: 8 Minuten
 - Fraktionserklärungen: 7 Minuten
 - EinzelrednerInnen: 3 Minuten
 - Gemeinderat (gesamthaft): 20 Minuten
- Detailberatung:
 - GPK- und EinzelrednerInnen 3 Minuten
 - Mitglieder Gemeinderat kurze Beantwortung der Fragen
- Redezeit:
 - die letzten 30 Sekunden der zur Verfügung stehenden Redezeit werden durch die blinkende rote Lampe beim Rednerpult angezeigt.
- Organisation:
 - Die Behandlung des Verwaltungsberichts wird wenn nötig am 19. Juni 1997, 17.00 Uhr fortgesetzt.

Eintretensdebatte

Für die Geschäftsprüfungskommission spricht deren Präsident *Michael Burkard* (JF): Die GPK hat u.a. den Auftrag, den Verwaltungsbericht zu prüfen und dem Stadtrat Antrag zu stellen. Die GPK hat den Verwaltungsbericht 1996 geprüft und in insgesamt 7 halbtägigen Sitzungen, sogenannten Verwaltungsbesuchen, mit dem Kader der betreffenden Direktionen besprochen. Sie empfiehlt dem Stadtrat, auf den Verwaltungsbericht einzutreten. Die GPK bestimmte für jede Direktion eine Delegation. Die Delegationsleiterinnen und Delegationsleiter werden die jeweiligen Direktionsberichte referieren. Der GPK-Präsident beschränkt sich deshalb auf einen generellen Eindruck und den Bericht der Präsidioldirektion.

Genereller Eindruck:

Positiv fällt auf, dass in der Einleitung zur Präsidioldirektion viele übergeordnete Überlegungen dargelegt werden. Zu diesen übergeordneten Überlegungen sind jedoch in etlichen Direktionsberichten wenig bis keine weiterführende Detailüberlegungen bzw. konkrete Umsetzungsmassnahmen, Aussagen über Konsequenzen usw. zu finden. Dies mag an der Struktur des Verwaltungsberichts liegen, der von jeder Direktion autonom zusammengestellt wird. Es könnte jedoch auch ein Indiz für einen Trend sein, übergeordnete Fragestellungen mehr und mehr speziellen Projektorganisationen zu überantworten, welche schwergewichtig der Präsidioldirektion angegliedert sind. Mit andern Worten, dass das Gestalten - soweit auf Gemeindeebene noch möglich - mehr und mehr bei speziellen Projektorganisationen konzentriert wird, während der "normalen" Verwaltung nur noch das "Verwalten" übrigbleibt. Die Frage, wie es sich mit der Zusammenarbeit der speziellen Projektorganisationen mit den angestammten Verwaltungsstrukturen konkret verhält, war ein Schwerpunktthema des GPK-Besuchs bei der Präsidioldirektion.

Präsidioldirektion:

1. Allgemeines: Der äussere Ablauf eines Verwaltungsbesuchs ist bekanntlich dreigeteilt: vertrauliche Aussprache mit dem betreffenden Gemeinderatsmitglied, Besprechung eines oder mehrerer Schwerpunktthemen und Diskussion des eigentlichen Verwaltungsberichts. Neben Vertraulichem bietet die erste Stunde auch die Möglichkeit, Atmosphärisches zur Sprache zu bringen, über den gegenseitigen Umgang miteinander zu diskutieren. In diesem Zusammenhang wurde dem Stadtrat und insbesondere den Kommissionen vorgeworfen, gegenüber der Verwaltung bzw. gegenüber der Exekutive übertrieben misstrauisch zu sein. Die GPK nimmt diese Kritik ernst. Sie ist jedoch der Auffassung, dass die als Misstrauen bezeichnete Spannung nicht persönlichen Ursprungs ist, sondern in erster Linie Ausfluss der Gewaltenteilung. Wo die Gewalt geteilt ist - wie in der Stadt Bern zwischen Legislative und Exekutive (und nicht wie in den "Visionen" des Stadtpräsidenten von Burgdorf) -, kommt es bei der Abgrenzung der gegenseitigen Kompetenzen mitunter zu Reibungen. Diese Reibungsflächen kommen desto eher zum Vorschein, wenn wie in der gegenwärtigen Zeit Projekte anstehen wie NSB und GO-Revision, die u.a. gerade auch die jeweiligen Kompetenzen von Regierung und Parlament zum Thema haben. Die GPK ist der Auffassung, dass Stadtrat und Gemeinderat in den laufenden Diskussionen vermehrt versuchen sollten, diese gelegentlichen Reibungen nicht als persönlich zu nehmendes sog. Misstrauen zu deuten und damit als der Sache abträglich zu disqualifizieren, sondern als normale und sogar fruchtbare Erscheinung im Rahmen eines politisch-institutionellen Reformprozesses, welcher nach sachlichen Gesichtspunkten geführt werden muss.

2. Schwerpunkte: Für ihren Besuch bei der Präsidioldirektion wählte die GPK 2 Schwerpunktthemen aus: Bauinspektorat und Denkmalpflege/Handhabung der Baukontrolle und der Feuerpolizei, insbesondere im Zusammenhang mit dem Altstadtbrand und die erwähnte direktionsübergreifende Zusammenarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit Projektorganisationen.

Bauinspektorat und Denkmalpflege, Auswirkungen der Denkmalpflege auf Baubewilligungen und Bauprojekte: Die GPK nahm die Aussage des Bauinspektors zur Kenntnis, dass das Koordinationsgesetz zu keiner Beschleunigung im Baubewilligungsverfahren, jedoch zu einer klaren Verfahrensstruktur im Beschwerdeverfahren geführt habe. Die Dekretsänderung per 1. Januar 1995 habe das Verfahren gestrafft, was belegt werden könne. So seien 1990 für kleine, nicht publizierte Baubewilligungen etwas mehr als 4 Monate und für publizierte Baubewilligungen rund 5 Monate nötig gewesen. Heute sei für publizierte Baubewilligungen mit rund 4 Monaten und für kleine, nicht publizierte mit rund 3 Monaten zu rechnen. Amtsberichte, die zu einer speziellen Bewilligung führten, müssten innert 30 Tagen abgeliefert werden. Diese Fristen könnten bei Gesuchen, die der PVK oder dem Gemeinderat unterbreitet werden müssen, nicht immer eingehalten werden. Ein gewisses Spannungsfeld bestehe zudem mitunter zwischen Denkmalpflege und Umweltschutz, was aber nicht zu wesentlichen Verzögerungen führe.

Altstadtbrand: Die GPK hat sich nach den tragischen Ereignissen rund um den Brand an der Junkerngasse sowohl bei der Präsidioldirektion (Baukontrolle/Feuerpolizei) als auch bei der Polizeidi-

reaktion im Rahmen des Besuchs der Feuerwehrkaserne angenommen. Michael Burri als Leiter der Delegation Polizeidirektion wird dieses Thema in seinem Referat weiter ausführen.

Direktionsübergreifende Zusammenarbeit: Die GPK konnte sich anhand des Beispiels "Projektorganisation Masterplan" von den verwaltungstechnischen Aspekten der direktionsübergreifenden Zusammenarbeit ins Bild setzen lassen. Es wurde ausgesagt, dass sich bei diesem Projekt die Zusammenarbeit zwischen Projektorganisation und "normaler" Verwaltung - abgesehen von der Zusatzbelastung für letztere - in zufriedenstellender Weise entwickelt habe.

Verwaltungsbericht im einzelnen

Allgemeiner Teil: Zum Kapitel IV, Stadtrat, ist festzuhalten, dass 19,9% aller 1996 eingereichten Vorstösse die Präsidialdirektion betrafen. Von den 36 bei der Präsidialdirektion eingegangenen Vorstössen (9 Postulate, 6 Motionen, 12 Interpellationen, 3 dringliche Interpellationen und 6 Kleine Anfragen) wurden deren 6 nicht fristgerecht beantwortet, was einer Quote von 16,65% entspricht. Dieses Resultat kann verbessert werden.

Besonderer Teil/Präsidialdirektion: Innerhalb des Verwaltungsberichts der Präsidialdirektion setzte die GPK in Absprache mit der Direktion 3 Schwerpunkte: Quartierpartizipation, Ausweisung von Eigenleistungen der Verwaltung sowie Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann.

Quartierpartizipation: Die GPK liess sich von der Stadtschreiberin Irène Maeder van Stuijvenberg dahingehend orientieren, dass die Grundsätze und Richtlinien für Partizipationsgruppen vom Oktober 1986 datieren. Im Moment würden 3 Gruppen mit Geldern der Stadt unterstützt. Im Mai 1996 sei eine grundsätzliche Überarbeitung der Richtlinien in Angriff genommen worden. Nachdem die neue GO in Art.29 eine Bestimmung über die Mitwirkung der Bevölkerung vorsehe, sei man zum Schluss gekommen, vor einer Überarbeitung der Richtlinien die Diskussionen in der Spezialkommission GO und im Stadtrat abzuwarten. Insbesondere die Kriterien, nach welchen sich die Repräsentanz dieser Gruppen bestimmen soll, dürften zu Kontroversen Anlass geben.

Ausweisung von Eigenleistungen durch die Verwaltung: Direktionssekretär Andreas Knecht teilte mit, dass der Gemeinderat aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses am 21. Dezember 1994 eine Weisung betreffend Ausarbeitung von Vorlagen an den Stadtrat erlassen habe. Eine einheitliche Regelung werde zwar erst mit der Einführung der Kostenrechnung in der ganzen Stadtverwaltung möglich sein. Immerhin seien zwischenzeitlich Eigenleistungen der Verwaltung summarisch aufzuführen, auch wenn keine internen Verrechnungen erfolgen. Die Präsidialdirektion bemühe sich, den Stadtrat zumindest über die hinter einem Investitionskredit stehenden Eigenleistungen zu orientieren. Und bei parlamentarischen Vorstössen werde versucht, die daraus entstehenden Folgekosten zu schätzen. Die GPK wäre diesbezüglich für eine einheitliche Praxis aller Direktionen dankbar. Aus diesem Grund forderte sie die Präsidialdirektion auf, diese Thematik im Sinne eines direktionsübergreifenden Geschäfts an die Hand zu nehmen, damit auch für diejenigen Geschäfte, welche noch nicht nach den Grundsätzen der Kostenrechnung erstellt werden, grösstmögliche Transparenz gewährleistet wird.

Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann: Fürsprecherin Regula Mader orientierte die GPK, dass die Fachstelle der Stadt Bern die einzige kommunale Stelle sei, die sowohl verwaltungsintern als auch verwaltungsextern arbeite. Die Fachstelle habe sich sehr gut etabliert und im Zusammenhang mit dem Gleichstellungsgesetz relativ viel Öffentlichkeitsarbeit und Weiterbildung geleistet. Wichtig sei die Beratungstätigkeit, gebe es doch sehr viele Anfragen von Einzelpersonen und von Firmen im Zusammenhang mit dem Gleichstellungsgesetz. Dazu kämen verschiedene eigene Projekte wie z.B. das Handbuch, das sehr guten Anklang gefunden habe. Die Leiterin der Fachstelle erachtet die verwaltungsinterne Ansiedlung der Fachstelle als sinnvoll, dies freilich unter der Bedingung, dass ihre Bestrebungen weiterhin auch nach aussen getragen werden können. Diesem Zweck dienen nicht zuletzt auch die in den Räumen der Fachstelle stattfindenden Kunstausstellungen.

Nicht im Verwaltungsbericht erscheint der *Ombudsmann*, der zuhanden des Stadtrats einen eigenen Bericht abliefern. Der Ombudsmann ist gleichzeitig auch verantwortlich für den Datenschutz der Stadt Bern. Dies erklärt, warum in Zukunft Angaben zum Datenschutz im Bericht des Ombudsmanns zu finden sein werden. Dem Ombudsmann ist es mit seinen bescheidenen personellen Mitteln nicht möglich, dem Datenschutz die aus der Sicht der GPK notwendige Aufmerksamkeit zu widmen. Die GPK beobachtet mit Missbehagen, dass sich der Ombudsmann immer noch gewissen Ressentiments seitens von Teilen der Verwaltung bzw. von Teilen des Gemeinderats ausgesetzt sieht. Die GPK erwartet hier eine loyalere Haltung einer Behörde gegenüber, die immerhin durch das Volk direkt geschaffen worden ist.

Abschliessend ist es Michael Burkard eine Ehre, stellvertretend für alle Mitglieder der GPK der Verwaltung für die im Berichtsjahr 1996 geleistete Arbeit zu danken. Der heute zur Diskussion stehende Bericht stellt - wie wir wissen - nur einige Facetten der umfangreichen Tätigkeit der Stadtverwaltung im letzten Jahr dar. Umso mehr verdient er es, angemessen gewürdigt zu werden. Im Sinne von NSB ist es dem Referenten ein besonderes Anliegen, auch all jenen Angestellten der Stadtverwaltung für

ihren Einsatz zu danken, die heute weder hier sitzen noch anlässlich des Besuchs der GPK zugegen waren. Er ist überzeugt, dass es im Geist von NPM in Zukunft vermehrt gelingen muss, im Dreieck Stadtrat-Gemeinderat-Verwaltung die direkte Verbindungslinie zwischen Stadtrat als strategischer und Verwaltung als operativer Ebene für eine verstärkte Zusammenarbeit fruchtbar zu machen. Die GPK ist gewillt, mit diesem grundsätzlich positiven "approach" die Verwaltung auch in Zukunft zu begleiten und spricht ihr für die 1996 geleistete Arbeit ein grosses Merci aus.

Zur Finanzdirektion spricht René Zimmermann (SP). Wie jeder Verein hat auch die Stadt Bern eine Kasse. Die gewählte und verantwortliche Kassierin ist Therese Frösch. Sie leitet die Finanzdirektion, die im Jahr 1996 dreimal von der GPK-Delegation besucht wurde. Die GPK-Delegation hat sich bei diesen Besuchen vor allem aus echter Sorge um den Zustand der Liegenschaftsverwaltung gekümmert. Dabei waren auch die Restaurationsbetriebe und insbesondere das Schwellenmätteli ein Thema. Die Finanzsituation der Stadt Bern ist der GPK nicht gleichgültig. Diesen Bereich hat die GPK aber nicht vertieft, da dies in den Zuständigkeitsbereich der Finanzkommission gehört.

Die Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung bildete denn auch das Hauptthema anlässlich des Besuches der ganzen GPK am 16. Mai 1997. Gemäss Aussagen auf S.226 des Verwaltungsberichts kann davon ausgegangen werden, dass die Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung Ende 1997 in führungstechnischer Hinsicht abgeschlossen sein wird. Die GPK ist überzeugt, dass von der seit 1. Juli 1995 amtierenden Liegenschaftsverwalterin, Maria Holzer, die richtigen Schritte eingeleitet worden sind. Zusammen mit der kürzlich vom Stadtrat bewilligten EDV-Erneuerung, dem Führungshandbuch und mit den personellen Massnahmen sind die Voraussetzungen gegeben, eine schlanke und kundenfreundliche städtische Liegenschaftsverwaltung hinzukriegen. Die Aufarbeitung war zweifellos nicht einfach: Einerseits der politische Druck zur Beseitigung der tatsächlichen Missstände, andererseits der Druck der Presse bei der Suche nach Schlagzeilen, die Erwartungen der Kunden der Liegenschaftsverwaltung und die Motivation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Die GPK ruft an dieser Stelle den Stadtrat auf, die der Vergangenheit angehörenden Personaldiskussionen mit diesem Verwaltungsbericht zu beenden.

Handlungsbedarf besteht noch bezüglich der Stadtvertretung in Wohnbaugesellschaften. In 19 Bau- oder Wohnbaugesellschaften entsendet die Stadt Vertreterinnen oder Vertreter. Der unterschiedlichen Anteilsverhältnisse wegen ist es schwierig, allgemein gültige Weisungen zur Umsetzung der städtischen Politik zu erlassen. Immerhin ist erkannt worden, dass die Berichterstattung massiv verbessert und auch einzelne Personen ersetzt werden müssen. Die Liegenschaftsverwaltung ist auch für den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik zuständig. Das Finanzinspektorat beanstandet seit Jahren verschiedene Mängel in der Rechnung des Fonds. Die neuangestellte Leiterin Rechnungswesen der Liegenschaftsverwaltung, Karin Mader, hat die unbefriedigenden Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen und innert Jahresfrist Abhilfe versprochen. Der Revisionsbericht machte auch der GPK-Sorge. Sie wird dieses Problem weiter überwachen. - Noch immer steht trotz verschiedener Ausschreibungen das Hotel Montana in Oberhofen, welches im Besitz der Stadt ist, zum Verkauf feil. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten für die GPK die Steuererlassgesuche. Diese sind in den kantonalen Vorschriften geregelt. Der Steuerverwalter, Rudolf Oester, stellte fest, dass die Gesuche von Arbeitslosen, Alleinerziehenden, Heimbewohnern und von Fürsorgeämtern in Vertretung von Personen markant zugenommen haben. Als Gesuchsgründe werden erwähnt: Arbeitslosigkeit, Reduzierung des Beschäftigungsgrades wegen Abbau des Arbeitsvolumens, zu hoher Lebensstandard, hohe Mieten, Aussteuerung, Alimentenverpflichtungen. 1996 gingen 2844 Gesuche von natürlichen Personen ein, wovon 577 Gesuche abgewiesen wurden. Die Erlasssumme betrug 3,3 Mio Franken. Bis zu Fr. 4'000.- ist die Steuerverwaltung der Stadt Bern zuständig, höhere Beträge gehen mit Antrag an die Kantonale Steuerverwaltung.

Die GPK war mit der Beantwortung der Vorstösse durch die Finanzdirektion nicht zufrieden, sind doch rund 20% nicht fristgemäss beantwortet worden. Die GPK verlangt hier eine wirksame Kontrolle der Pendenzen. Die Finanzdirektorin hat Besserung versprochen.

Über die *Direktion der Stadtbetriebe* referiert Kurt W. Weyermann (FDP). Die GPK besuchte die Direktion Stadtbetriebe am 5. Mai 1997. In der ersten Stunde wurden vom Direktor Fragen beantwortet, welche sicher von öffentlichem Interesse sind, jedoch nicht in den Verwaltungsbericht gehören. Die nachfolgenden Kurzreferate über die Entsorgung sind hier nur soweit wiedergegeben, als sie Tatsachen betreffen, die nicht dem Verwaltungsbericht entnommen werden können.

Die Entsorgung von Kehricht wurde früher von Privaten erledigt. Bis 1939 wurde 5 x pro Woche abgeführt, später 2 - 3 x. Während der Kriegsjahre war der Rohstoffmangel zu spüren und wurde vieles eingesammelt und wiederverwertet. In der Nachkriegszeit begann die Wegwerfmentalität. Zur Beseitigung des Abfallberges wurde 1947 eine Kehrichtverbrennungsanlage gebaut. In den siebziger Jahren wurde mit Separat- und Sondersammlungen begonnen und 1978 die Glassammlungen eingeführt. Entwicklung der Tonnagen von 1990 bis 1996: Die Menge des Hauskehrichts ging nach Einfüh-

rung der Kehrichtsackgebühr nur geringfügig zurück und bewegt sich um 56'000 Tonnen/Jahr. Ein massiver Anstieg ist jedoch beim Strassenkehricht zu verzeichnen. 1990 waren es noch 700 t und 1996 bereits 3700 t. Diese Zunahme ist auf die Essgewohnheiten zurückzuführen: Fast-Food, Picknick in der Stadt. Ebenfalls einen Einfluss auf die Zunahme des Strassenkehrichts hat der Umstand, dass der Durchschnittshaushalt in der Stadt Bern nur noch 1,95 Personen beträgt. Dies führt zu weniger Kehricht pro Haushalt, aber auch zur Tatsache, dass immer mehr Hauskehricht in die öffentlichen Abfalleimer bei Tram- und Bushaltestellen geworfen wird. Wilde Deponien hat es immer gegeben, jedoch nicht in dem Ausmass, wie seit der Einführung der Kehrichtmarken.

Es wurde eine Studie in Auftrag gegeben, um zu prüfen, wie die Kosten für die Entsorgung reduziert werden können. Die Resultate sollen bis Mitte 1997 vorliegen.

Das *Elektrizitätswerk* liefert der Stadtkasse einen schönen Beitrag ab. Eine Betriebsanalyse der Helbling Management Consulting AG wurde in Auftrag gegeben, der Schlussbericht wird auf Ende 1997 erwartet. Es kann gesagt werden, dass Einsparungen von rund 1 Mio Franken im EWB realisierbar sind. Eine Stromknappheit in der Stadt muss nach Abschaltung des KKW Mühleberg oder der Nichtrealisierung des Stausees Grimsel-West nicht befürchtet werden. Andere Werke werden in die Bresche springen und uns Strom liefern. Bei diesen Lieferanten verfügte die Stadt aber über kurze Spiesse und könnte den Preis und die Menge nicht mehr mitbestimmen, da sie an diesen Werken nicht beteiligt ist.

Die *Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung* arbeitet unter einem neuen Direktor. Kurt Bill teilte mit, dass in der GWB eine ähnliche Überprüfung laufe wie beim EWB. Dies löste im Betrieb einige Unruhe aus. Mit der Bildung eines Begleiteams wurde diesem Umstand Rechnung getragen. Im Rahmen der Reorganisation wurde ein Teilprojekt "Aus- und Weiterbildung" gestartet. Es geht dabei um technische und Führungsausbildung. Die ganze Pikettorganisation wird überprüft.

Städtische Verkehrsbetriebe: Das Fahrgastzählsystem ist seit letzten Herbst teilweise in Betrieb. Die 96er Zahlen basieren mehrheitlich auf abgerechneten Zahlen. Ab 1997 kommt das Zählsystem voll zum Einsatz. Da aber nicht alle Fahrzeuge mit diesem System ausgerüstet sind, werden in Sachen Verkehrsleistungen immer noch Hochrechnungen nötig sein. Eine Zusammenstellung über die auf den SVB-Linien durchgeführten Fahrausweiskontrollen und die pro Jahr erfassten Schwarzfahrer existiert nicht. Eine solche soll jedoch im Laufe dieses Jahres erstellt werden. Bei den SVB steht eine grössere Änderung gemäss GöV bevor. Sie wird der Stadt Bern Einsparungen in Millionenhöhe bringen. Der Bericht der Stadtbetriebe enthält keine Angaben zur Gurtenbahn. Dies deshalb, weil die Gurtenbahn eine Aktiengesellschaft und privatrechtlich organisiert ist.

Strasseninspektorat: Der Häckseldienst verzeichnete einen Rückgang, und es wird erwogen, diesen Dienst jeweils während einer längeren Zeitdauer als bisher anzubieten. Der Kostendeckungsgrad beträgt nur 20%. Die Aktion mit Containern für die Grünabfuhr war ein voller Erfolg. Es gingen 1931 Bestellungen ein, es konnten jedoch vorläufig nur 550 berücksichtigt werden. Diese Grüncontainer erleichtern die Arbeit der Abfuhrleute. Im Bereich Waisenhausplatz, Bärenplatz und Spitalgasse werden 30 neue Abfallbehälter aufgestellt. Hoffentlich werden sie von den vielen Leuten, die ihren Lunch auf diesen Plätzen essen, auch benützt.

Die im letzten Jahr der Direktion Stadtbetriebe eingereichten 17 Vorstösse (3 Postulate, 8 ordentliche und 2 dringliche Interpellationen und 4 Kleine Anfragen) wurden fristgemäss erledigt. Der Rat möge den Verwaltungsbericht der Direktion Stadtbetriebe genehmigen.

Ursula Rudin-Vonwil (LdU) zur Fürsorge- und Gesundheitsdirektion: Die GPK liess sich vor einem Jahr über die *Leistungsverträge* mit den subventionierten Betrieben informieren. Dieses Jahr interessierte der Stand, die Erfahrungen und die Folgen von Leistungsverträgen. Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion (FGD) arbeitet mit vielen verschiedenen gemeinnützigen Institutionen zusammen, die nach den generellen Subventionsrichtlinien ein Recht auf finanzielle Unterstützung haben. Die finanzielle Situation der Stadt und die Einführung von NSB führten dazu, dass Verträge zwischen den Institutionen und der FGD ausgehandelt werden müssen. GPK-Mitglieder machten darauf aufmerksam, dass sich die Leistungsverträge umgekehrt zu den Produktgruppenbudgets des Stadtrats verhalten. Im Produktgruppenbudget werden "Professionelle" (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung) von "Amateuren" (Stadträtinnen und Stadträte) beauftragt. Bei den Leistungsverträgen der FGD sind die Auftraggeber und Auftraggeberinnen (Besteller/Bestellerinnen) professionell tätig, während die Beauftragten ehrenamtlich, bzw. für ein bescheidenes Sitzungsgeld arbeiten. Die Rede ist hier von den Vorständen der gemeinnützigen Institutionen bzw. der Trägervereine. In der Praxis führt dies zu einer verstärkten Belastung der ehrenamtlich tätigen Personen. Dem wird vermehrt Beachtung geschenkt. Wir müssen uns überlegen, ob diese Leute z.B. administrative Unterstützung erhalten sollen.

Der Leistungsvertrag mit dem Verein *Stationäre Alterseinrichtungen Bern* (SAB) wird als positiv beurteilt. Die Leistungen werden nun aufwandbezogen je nach Pflegestufen abgegolten: Grössere Zahl von Pflegebedürftigen = höherer Betrag wird vergütet.

Auch beim *Fürsorgeamt* überwiegen die positiven Bemerkungen. Positive Erfahrungen wurden im Obdachlosenbereich und im Bereich der Gemeinwesenarbeit (VBG) gemacht.

Das *Jugendamt* machte mit dem Verein der Tageseltern und dem Dachverband für offene Kinderarbeit (DOK) erste Erfahrungen mit dem neuen Modell. Bei der Vorbereitung der einheitlichen Leistungsverträge mit subventionierten Kinderkrippen ergaben sich Schwierigkeiten. Die privaten Trägerschaften hatten Angst vor einer zu umfassenden Reglementierung, nachdem ihnen mit der Globalbudgetierung nach NSB relativ grosse unternehmerische Freiheiten gewährt worden sind. Im Moment wird noch mit jeder privaten Trägerschaft ein individueller Leistungsvertrag abgeschlossen. Ziel sind einheitliche Leistungsverträge mit allen subventionierten Kinderkrippen. Die GPK-Delegation wird dieses Thema weiterverfolgen. Von Seiten der Verwaltung wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sich im Bereich Kinderkrippen/Tagesheime ein Personalproblem anbahne. Grund dazu ist die Diskrepanz zwischen Personalstopp und notwendiger Aufstockung der Krippen- und Tagesheimplätze.

Das *Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle* schilderte der GPK seine Aufgaben. Das AfUL hat den Auftrag, die Interessen der Umwelt zu vertreten (für eine gesunde Umwelt, eine gesunde Luft). Als Grundlage dient das STEK. Die "wirtschaftliche Ökostadt" muss sich aber bewusst sein, dass ein Wirtschaftswachstum mehr Energieverbrauch, mehr Abfall und somit eine grössere Umweltbelastung bedeutet. Die Berechnung für den ESP Wankdorf geht z.B. davon aus, dass 2/3 der Fahrten mit dem öffentlichen Verkehr oder mit dem Velo zurückgelegt werden. Für den öV hiesse das, dass ein gewisser Mehraufwand unumgänglich wäre. In der Agenda 21, die 1992 am Umweltgipfel in Rio verabschiedet worden ist, steht: "Wichtig ist es, dass wir nicht auf Kosten der Zukunft leben." Die städtische Umweltpolitik ist in verschiedenen Konzepten und Massnahmenkatalogen formuliert worden mit dem wichtigen Ziel, dass die künftige Entwicklung sowohl umwelt-, als auch sozialverträglich sein muss. Massnahmenpläne "Umweltverträgliches Beschaffen und Anwenden von Verbrauchsmaterialien" (UBAV) sind vorhanden, eine Kontrolle über die Befolgung der Massnahmen fehlt jedoch. Für eine effiziente Umsetzung der UBAV-Weisungen und dergleichen könnte im Zusammenhang mit NSB die Einführung eines Umweltmanagementsystems erforderlich sein.

Die GPK thematisierte anlässlich ihres diesjährigen Verwaltungsbesuches einmal mehr die Luftqualität in der Stadt Bern. Nach wie vor besteht eine Diskrepanz zwischen den Zielen und den Massnahmen, die zur Erreichung dieser Ziele notwendig sind. Dies ist ganz klar ein unbefriedigender Zustand. Nicht nur in Bern muss dagegen angekämpft werden, sondern dieses Problem kann leider nur grossräumig gelöst werden.

Im letzten Jahr wurden zuhanden der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion 14 Vorstösse (7 Postulate, 1 Motion, 5 ordentliche und 1 Dringliche Interpellation) eingereicht. Alle Vorstösse wurden fristgerecht beantwortet. Wir danken für die prompte Erledigung.

Michael Burri (GFL) zur *Polizeidirektion*: Die GPK traf sich mit dem Direktor und den Chefbeamten der Polizeidirektion im Gebäude der Berufsfeuerwehr. Die *Feuerwehr* im allgemeinen und ihr Einsatz beim Grossbrand an der Junkerngasse im besonderen waren das Schwerpunktthema dieses Besuchs. In Anwesenheit der GPK wurde ein Brandalarm mit Ausrücken eines Löschzuges simuliert, und zwar bis und mit Wegfahren der Fahrzeuge auf die Viktoriastrasse. Diese Vorgänge wurden aufgezeichnet und anschliessend der GPK auf Video vorgeführt. Auf die gleiche Art und Weise rückte die Berufsfeuerwehr auch in der Nacht des vergangenen 30. Januar an die Junkerngasse aus. Eine eingehende Diskussion mit dem Feuerwehrkommandanten und seinem Stellvertreter ergab folgendes:

Zum Zeitpunkt, zu dem der erste Alarm bei der Einsatzleitzentrale an der Viktoriastrasse eintraf, muss der Brand schon eine halbe bis eine ganze Stunde alt und muss der junge Mann, der bei diesem Brand bedauerlicherweise sein Leben verloren hat, schon tot oder zumindest bewusstlos gewesen sein. Fünf Minuten nach Alarmeingang kam der Löschzug am Brandort an, zwei Minuten später erging die Rückmeldung, es handle sich um einen Grossbrand und wurden die freie Wache sowie die Nachtwache aufgebieten - später auch noch die Feuerwehren von Köniz und Ostermundigen. Der Berufsfeuerwehr der Stadt Bern kann somit nicht vorgeworfen werden, sie habe zu spät reagiert. Die entsprechenden Zielvorgaben gemäss Produktgruppenbudget sind jedenfalls eingehalten worden. Da es theoretisch denkbar ist, dass es gleichzeitig auch an einem andern Ort brennen könnte, rückten im ersten Moment nicht alle verfügbaren Leute aus. Hätte man gewollt, dass nur eine einzige Person mehr in der Kaserne anwesend gewesen wäre und hätte ausrücken können, hätte hierfür laut Feuerwehrkommandant folgende Rechnung gemacht werden müssen: Ein Mitglied der Berufsfeuerwehr arbeitet 110 Tage à 24 Stunden/Jahr. Dabei beinhaltet ein Arbeitstag 8 Stunden (normale Arbeitszeit) und 16 Stunden Pikett in der Feuerwehrekaserne. Um die stetige Anwesenheit einer Person mehr zu gewährleisten, brauchte es somit ganze 5 Stellen mehr. Die entsprechenden Lohnkosten wären hochzurechnen auf die Anzahl Jahre, die nach dem Gesetz der Wahrscheinlichkeit vergehen, bis es wieder zu einem Brand in der Grössenordnung desjenigen in der Junkerngasse kommen

könnte, nämlich ungefähr 20 Jahre. Die entsprechenden Lohnkosten für diese Zeit überstiegen die gesamte Schadenssumme im Fall der Junkerngasse (15 bis 30 Mio Franken) bei weitem. Diese Berechnung zeigt, dass wir im Bereich der Brandbekämpfung mit einem gewissen Restrisiko leben müssen, aber auch leben dürfen, solange dieses Risiko einigermaßen kalkulierbar ist. Die Brandgefahr ist nicht vergleichbar mit den Gefahren, die von einem Atomkraftwerk ausgehen können. Die GPK erkundigte sich bei der Berufsfeuerwehr auch nach allfälligen Anliegen und Wünschen an die Politik: Man wünschte sich eine andere Verteilung der Lebensarbeitszeit, nämlich die Möglichkeit, früher in Pension zu gehen, als dies nach dem geltenden Personalreglement möglich ist. Im Gegenzug wäre man bereit, mehr Arbeitstage pro Jahr zu leisten, bzw. auf die Auszahlung der Nachtzeitgutschriften zu verzichten. Dieser Wunsch erscheint verständlich, sind doch unregelmässige Arbeitszeiten, vor allem während der Nacht, für ältere Menschen bekanntlich wesentlich belastender als für jüngere. Als weiterer Wunsch, bzw. Anregung wurde die Einrichtung einer Brandwache in Bern-West genannt.

Der *Nachrichtendienst* war Gegenstand diverser Besuche der GPK-Delegation im letzten Jahr. Der Ombudsmann der Stadt Bern, der für den Datenschutz zuständig ist, sagte der GPK-Delegation zu, dass er die Datensammlungen der Polizei, vor allem die sogenannten "Notizbüchlein" des Nachrichtendienstes im Auge behalten werde. Er wies jedoch klar darauf hin, dass seine Kapazitäten nicht ausreichen, um eine intensive Überwachung der polizeilichen Ermittlungsverfahren ausserhalb der eigentlichen Strafverfolgung sicherstellen zu können. Die GPK-Delegation wird deshalb auch von sich aus am Ball bleiben müssen. Die GPK fragt sich auch, ob der Nachrichtendienst nicht überdotiert ist und es nicht sinnvoll wäre, einen Teil dieser Stellen an Orten innerhalb der Polizeidirektion einzusetzen, wo der Bedarf dringender ist. Der Referent denkt dabei vor allem an die Sicherheit im öffentlichen Raum. Er erinnert auch an die engagierte Debatte über die 53'000 Überstunden des Polizeikorps. Laut Polizeikommandant Christoph Hoffmann sind diese Überstunden vor allem auf die Botschaftsüberwachungen im Jahre 1995 zurückzuführen. Ob die GPK dem Stadtrat zum Thema Nachrichtendienst zuhanden des Gemeinderats noch einen konkreten Antrag stellen wird, ist noch nicht entschieden. Nach der Abstimmung vom vergangenen Sonntag wird es darum gehen, endlich ein Ortspolizeireglement zu erlassen, womit die beiden achteinhalbjährigen Motionen erfüllt werden können, die im Anschluss an die Untersuchung zur Tschernobyl-Demonstration eingereicht worden sind. Abgesehen davon weist die statistische Bilanz bei der Polizei ein erfreuliches Bild auf: Sämtliche bei der Polizeidirektion eingereichten 51 Vorstösse wurden im vergangenen Jahr fristgerecht beantwortet. Ein Merci an alle Mitarbeitenden.

Zur *Schuldirektion* spricht *Konrad Bossart* (CVP). Der Schuldirektion sind 1996 12 Vorstösse (7 Postulat, 2 Interpellationen, 3 Kleine Anfragen) eingereicht und alle sind termingerecht behandelt worden. - Im Schulbereich, ob auf kantonaler Ebene oder teilweise noch immer in der Kompetenz der Stadt, werden in der Zukunft noch viele Probleme zu lösen sein. Beispielsweise die Optimierung des Schulmodells 6/3, die Problematik der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Lehrstelle, die Integration ausländischer Kinder, das immer akuter werdende Gewaltpotential in den Schulen. Diese Probleme werden in Projekten der Schuldirektion entsprechend behandelt. Die finanziell prekäre Situation der öffentlichen Hand wird die Lösungsfindung für diese Probleme weiter verschärfen. Es ist deshalb wichtig, dass die Arbeiten der Schuldirektion mit gleichem Engagement weitergeführt werden wie bisher.

Schuldirektorin Claudia Omar hat die Fragen der GPK sehr kompetent und offen beantwortet. Insbesondere ihre positive und initiative Einstellung fiel auf. Ihr Einstieg in die Schuldirektion ist gut gelungen. Zu Beginn sei die Zeit mit Einarbeitung in bestehende Projekte und aktuelle Themen geprägt gewesen. Claudia Omar wurde von den Angestellten der Schuldirektion bestens unterstützt. Die GPK hat nach dem persönlichen Gespräch zwei Schwerpunktthemen behandelt:

Folgebericht Kantonalisierung: Im März 1996 hat der Grosse Rat des Kantons Bern die Verhandlungsgrundsätze für die Übernahme der Liegenschaften, der Infrastruktur und des Personals im Zusammenhang mit der Kantonalisierung der öffentlichen Maturitätsschulen beschlossen. Es zeigte sich, dass die Interessen des Kantons und der Stadt zum Teil massiv auseinandergehen. Insbesondere die Abgeltung für die betroffenen Liegenschaften wird für die städtische Verhandlungsdelegation ein schwieriges Problem werden. Die Stadt Bern fordert z.B. einen Betrag von 37,325 Mio Franken, der Kanton signalisierte, dass er lediglich 14,5 Mio Franken bezahlen will. Eigentlich hätten die Verhandlungen bis Mitte 1997 abgeschlossen sein sollen, aufgrund dieser Probleme wurde der Termin bezüglich Handänderungen jedoch auf Ende 1998 angesetzt. Wichtig zu wissen ist, dass alle Geschäfte im Zusammenhang mit den Liegenschaften vom finanzkompetenten Organ (Parlament oder Stimmvolk) genehmigt werden müssen. Diese Ausführungen zeigen, dass die Kantonalisierung auch dieses Jahr ein Schwerpunktthema für die Schuldirektion sein wird.

Richtlinien zur Erhebung der Anrechenbarkeit von Qualifikationen aus Haus-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit sowie aus ausserberuflichen Tätigkeiten: Es ist zu begrüßen, dass aus-

serberufliche Tätigkeiten bei der Einstufung in die Lohnstruktur der Stadt Bern berücksichtigt werden. Dass dies nicht einfach ist, haben der GPK die Referentinnen und Referenten bestätigt. Es sei ausgesprochen schwierig, bereits heute umfassende Richtlinien auszuarbeiten. Vielmehr gehe es darum, Erfahrungen aus der Praxis immer wieder in die Richtlinien einzubinden. Seit gut einem Jahr läuft ein Versuch in der Schuldirektion. Leider hält sich die Erfahrung in Grenzen, da solche Anstellungen bisher nur spärlich vorgenommen werden konnten. Es wird zurzeit geprüft, ob die Testphase bei der Schuldirektion ausgedehnt oder ob eine Ausweitung gesamtstädtisch angestrebt werden soll. *Zum Verwaltungsbericht:* Laut einer Umfrage bei den Schulen in Bern ist kein Aufkommen von VPM-Kreisen festzustellen.

Direktionssekretariat: Die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Bern hat von der Schuldirektion den Auftrag erhalten, die Heime Adelboden und Wengen zu verkaufen. Zurzeit kann über den Stand nichts Konkretes gesagt werden. Der Stadtrat wird über den Verkauf in letzter Instanz befinden können. Bei den verbleibenden Ferienheimen Hartlisberg und Chaumont wird versucht, einen Ausbau zu realisieren. Entsprechende Massnahmen wurden eingeleitet. Laut Bedürfnisnachweis kann die Stadt Bern aber nur zwei Ferienheime genügend auslasten. Der Rest müsste mit ausserstädtischen Buchungen gedeckt werden.

Zentrale Dienste: Bis Sommer 1997 sollen alle Elternräte gewählt werden können. Alle Sanierungsmassnahmen in den verschiedenen Schulhäusern werden aufgrund der Kantonalisierung hinterfragt, die Schuldirektion will aber alle Schulen betriebsfähig halten. Deshalb müssen allenfalls gleichwohl gewisse Investitionen getätigt werden.

Schulamt: Eine Umfrage zur Einführung der Fünftagewoche hat gezeigt, dass 80% der Eltern und 90% der Schülerinnen und Schüler mit dem Stundenplan zufrieden sind. Wohl gibt es noch gewisse Probleme, die jedoch ab Sommer 1998 gelöst werden können.

Der Gesundheitsdienst hat sich entschlossen, bei NSB als Pilotprojekt mitzumachen. Im Vordergrund stehen dabei die Transparenz der Leistungen und Kosten, Qualitätssicherung und Festlegen von Wirkungsindikatoren. Die Erfahrungen werden eher als positiv gewertet, da z.B. systematisch über die Tätigkeiten nachgedacht wird. Trotzdem ist bei einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gewisse Unsicherheit festgestellt worden, und der Faktor Zeit hat sich als grosses Problem erwiesen. Die Verantwortlichen sind jedoch guten Mutes und wollen das Pilotprojekt zu Ende führen.

Dies einige wichtige Punkte, die anlässlich unseres Verwaltungsbesuchs diskutiert worden sind. Alles in allem können wir auf einen interessanten Nachmittag bei der Schuldirektion zurückblicken. Besten Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schuldirektion und an die Schuldirektorin Claudia Omar für ihre Auskunftsbereitschaft und die kompetenten Erläuterungen.

Liselotte Lüscher (SP) zur Planungs- und Baudirektion: Unser Besuch fand aus zwei Gründen nicht an der Bundesgasse statt, sondern im Restaurant Dählhölzli mitten im Tierpark. Dieses Restaurant ist eines der vier von der Stadt verpachteten, das bezüglich Arbeitsverträge auf der schwarzen Liste steht. Ferner machten der *Tierpark* und seine Führung letztes Jahr Schlagzeilen und führten zu Auseinandersetzungen mit der zuständigen Direktion. Auch die GPK hat sich an diesen Diskussionen beteiligt. - Gegessen haben wir gut, bedient worden sind wir nett - aufgrund welches Arbeitsvertrags wissen wir jedoch nicht.

Der neue Leiter des Tierparks, Bernd Schildger, nutzte die ihm gebotene Gelegenheit und legte uns sein Engagement für unseren sehr speziellen Tierpark bei einem Apéro im Kinderzoo, der noch von seinem Vorgänger, Max Müller, eingerichtet worden ist, glaubwürdig dar und bekräftigte dies mit zwei Gratisentritten in das Vivarium. Dass wir gerade das Dählhölzli für unseren Besuch auswählten, empfand der neue Leiter offensichtlich als Starthilfe - und so war es auch gemeint.

Bei der Bau- und Planungsdirektion war nicht nur die Situation im Tierpark neu. Vor uns sass, nach der unerwarteten Abwahl von Theres Giger, ein neuer Gemeinderat, der den vorliegenden Verwaltungsbericht noch nicht zu verantworten hat. Trotzdem, auch sein Engagement für die Verwaltung, die ihm zugefallen ist, hat überzeugt. Unser Schwerpunktthema waren die Quartierpläne, die aus dem STEK entwickelt, die Grundlage zur Überprüfung des Bauklassenplans und seiner Vorschriften bilden. Für die Entwicklung der *Quartierpläne* ist die PBD zuständig und im speziellen das Stadtplanungsamt. Einige von uns waren etwas enttäuscht von den Ausführungen zum gewählten Thema, da sie sehr computerlastig waren. Wir erfuhren, dass das Stadtplanungsamt ein sehr gutes EDV-Programm angeschafft hat, das allseits bekannte CAD (Computer assisted design) und dass damit recht rasch sowohl utopische wie realistische Bilder auf den Bildschirm gezaubert werden können. Wir diskutierten auch ausführlich über die Mitarbeit der Bevölkerung bei der Erstellung von Quartierplänen und über die Schwierigkeit, an die Bevölkerung heranzukommen und wenn, zu welchem Zeitpunkt. Konkret zu Problemen in einzelnen Quartieren und über neue Ideen der Gestaltung im Zusammenhang mit der Umsetzung des STEK haben wir nichts erfahren. Wahrscheinlich kamen wir mit unserem Anliegen zu früh. Das hätte man uns aber sagen müssen. Allerdings steht in Art.34 der Vorschriften zum BKP, der Gemeinderat müsse den Stadtrat alle drei Jahre über die Stadt- und

Quartierplanung unterrichten. Vielleicht ist diese Information ohnehin bald fällig. Trotzdem: Dass das Stadtplanungsamt nun über das CAD verfügt und es sinnvoll einsetzen wird, finden wir in Ordnung und sind nach wie vor gespannt auf die Resultate.

Die Diskussion mit den Chefbeamten - ein weibliches Wesen in einer Führungsfunktion sucht man auch in der PBD wie in verschiedenen andern Direktionen vergeblich - zeigt keine deutlichen Schwergewichte. Recht ausführlich wurde über die *Stadtgärtnerei* gesprochen und die Reorganisation des *Vermessungsamts* vorgestellt. Im Zusammenhang mit einer Frage zum *Baumschutzreglement*, auf das wir ja schon länger warten und das im Herbst voraussichtlich dem Gemeinderat vorgelegt wird, versprach der Planungs- und Baudirektor generell das Aufarbeiten der in seiner Direktion bestehenden Pendenzen. Die 1996 eingereichten Vorstösse sind alle fristgerecht beantwortet worden. Beim Abschnitt *Stadtgärtnerei*, die seit 1997 ein NSB-Projekt ist, wurden die Vandalenakte im Friedhof Bümpliz und in andern öffentlichen Anlagen diskutiert und die Massnahmen, welche die Stadtgärtnerei trifft, vorgestellt. Im Zusammenhang damit, dass der Kanton von der Stadt Waldplanung verlangt, stellt man mit Erstaunen fest, dass die Stadt neben der Burgergemeinde ebenfalls Wald besitzt, und zwar in der Elfenau und am Aaretalhang. Das Reorganisationskonzept des Vermessungsamts wird 1997 umgesetzt. Dieses Amt wird nach privatwirtschaftlichen Ideen neu aufgebaut, mit einer flachen Hierarchie und flexibler Einsetzbarkeit der Mitarbeitenden. - Vom Stadtplaner erfuhren wir, dass die Mitwirkung für den *Richtplan Fuss- und Wanderwege*, der nächstens dem Gemeinderat unterbreitet wird, für die 2. Hälfte 1997 zu erwarten ist. - Einmal mehr wurde über den *Werkhof II* und seine schlechte Rentabilität diskutiert und das Problem unlauterer Wettbewerb, als schwierig kontrollierbar, angesprochen. Dass das Kornhaus für alles, was darin geplant worden ist, fast zu klein ist, liess aufhorchen. Das Schlusswort gibt die Referentin dem neuen Leiter des Tierparks, der zu kritischen Bemerkungen zum Bärengaben sagte, was er zum neuen Bärengaben meine, sei nicht wichtig. Wichtig sei, dass es den Bären darin gefalle, und dies sei der Fall. Gemeinderat Adrian Guggisberg wünscht Liselotte Lüscher für seine Arbeit in dieser Direktion alles Gute und hofft, dass es ihm dort ähnlich gehen wird wie den Bären im Bärengaben.

Der *Vorsitzende* dankt der GPK und ihren Mitgliedern für ihre seriöse Arbeit und Berichterstattung.

Fraktionserklärungen

Für die SD-Fraktion spricht *Ernst Stauffer*. Wir danken dem Gemeinderat und der gesamten Stadtverwaltung für die im Jahr 1996 geleistete Arbeit, die nicht immer unter einfachen Verhältnissen und Bedingungen erbracht werden musste. Wir danken aber auch für den übersichtlichen Verwaltungsbericht mit Anhang. Wir nahmen bei der *Präsidialdirektion* zur Kenntnis, dass die Interventionen der Denkmalpflege zurückhaltender und kostenbewusster erfolgen und dass unter dem Projekt "Fassaden der Berner Altstadt" im Rahmen des Einsatzplans Arbeitslose sinnvolle Arbeit leisten konnten. Die Tätigkeit des Finanzinspektorats wird leicht verständlich geschildert. Es wird einmal mehr auf die unerfreuliche finanzielle Lage der Stadt hingewiesen. Neue Rezepte, wie die Finanzen ins Gleichgewicht gebracht werden könnten, ohne dass jemandem weh getan wird, kann aber auch das Finanzinspektorat nicht nennen. Mit dem Wirtschaftsamt gehen wir einig, dass es schwierig ist, Nutzer und Nutzerinnen sowie Investoren und Investorinnen für neue Arbeitsplanungen zu engagieren. Ein wesentliches Hindernis seien die viel zu restriktiven Parkplatzbestimmungen. Am 1. Februar 1996 nahm die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann ihre Tätigkeit auf - und schon konnte der Presse entnommen werden, dass das Personal aufgestockt werden sollte. Das passt nicht in die finanzpolitische Landschaft. Bei der *Planungs- und Baudirektion* nehmen wir mit Befriedigung vom Ersatz der Bananenbrücke Kenntnis, die für die offene Verbindung zwischen dem Rosengarten und dem Schermenwald sehr wichtig ist. Zum Bärengaben möchten wir uns nicht äussern - wir haben uns zum Kreisel davor geäußert, der nach wie vor keine Glanzleistung ist. Schade, dass der Gemeinderat die Kommentare dazu nicht hören kann. Bei den *Stadtbetrieben* fällt der hohe Reingewinn des EWB auf. Solche Einnahmequellen darf die Stadt auch künftig nicht aus der Hand geben. Dass das Strasseninspektorat den ersten Platz bezüglich Sauberkeit und Ordnung abgeben musste, wundert uns nicht, denn das Erscheinungsbild der Stadt lässt an bestimmten Orten zu wünschen übrig. Im Sinne von Sparmassnahmen wurden 12 Toiletten und drei Pissoiranlagen geschlossen. Mit diesen eingesparten 300'000 Franken können die Stadtfinanzen nicht saniert, wohl aber unwürdige Zustände gefördert werden. Der Gemeinderat möge diese Schliessungen rückgängig machen, denn das Bedürfnis ist vorhanden. Beim Strasseninspektorat wird vordemonstriert, welche Schwierigkeiten auftauchen, wenn allzu extreme Verkehrsschikanen gebaut werden: Beim Winterdienst mussten für Pflug- und Streuarbeiten anstelle der bisherigen Lastwagen neu Allroundfahrzeuge eingesetzt werden. Wie soll die Feuerwehr durchkommen? Speziell begrüßen wir die Anstrengungen des Strasseninspektorats für eine saubere Stadt, das auch die wilden Deponien ent-

fernt. Der Häckseldienst reduzierte sich um 58%. Das war vorauszusehen. Deshalb wehrten wir uns gegen die Einführung einer Häckselgebühr.

Regula Keller (GB) für die Fraktion GB/JA!: Wir danken allen, die bei der Stadt arbeiten und sich für eine lebenswerte Stadt einsetzen. Eine lebenswerte Stadt ist für uns eine, die sozial- und umweltverträglich ist. Das jährliche Abhandeln des Verwaltungsberichts ist ein Muss, das eigentlich wenig bringt, jedoch viel Ratszeit beansprucht. Es wäre auch interessant zu wissen, wie gross der Arbeitsaufwand verwaltungsintern für diese grünen Büchlein ist. Für die Zukunft unserer politischen Arbeit ist es wichtig, dass wir uns bessere Instrumente in die Hand geben. Die GO-Revision wird vorbereitet, bald haben wir Gelegenheit, dem Parlament mehr Kompetenzen zu geben. In bezug auf den Verwaltungsbericht heisst dies, dass im Zusammenhang mit den gestellten Fragen wiederum unselbständige Postulate eingereicht werden können. - Offenbar hat die GPK der fristgerechten Beantwortung der Vorstösse viel Gewicht zugemessen, oft wäre es jedoch besser, eine Frist zu verlängern, damit eine qualitativ gute Antwort erteilt werden kann. Dass die beiden grünen Büchlein nicht sehr wesentliche Informationen beinhalten und deshalb nicht sehr seriös sind, möchten wir an zwei Beispielen darstellen: Wie kommt es, dass die *Bauern demonstration* vom letzten Oktober im Bericht der Polizeidirektion nicht erwähnt wird? Zur Fürsorge- und Gesundheitsdirektion gehört das *Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle*. In der Einleitung auf S. 132 steht: "Dass trotz Verbesserungen die Qualität der Luft noch nicht ausreichend gut ist. An der Realisierung von Massnahmen zur Luftreinhaltung, wie im Massnahmenplan Luft gefordert, ist deshalb unvermindert weiterzuarbeiten." Auf S. 134: "Eine stagnierende Grenzwertüberschreitung von rund 50% ist bedeutend und zwingt zu weiteren Massnahmen. Und solche müssen beim Verkehr angesetzt werden, da dieser gemäss Massnahmenplan in der Region Bern mit einem Anteil von über 80% der Hauptverursacher der Stickoxide ist." Gesunde Luft ist für uns eine Hauptbedingung für eine gesunde Entwicklung. Wir fordern die Verwaltung auf, sektorenübergreifend zu arbeiten und den Dialog mit den verschiedenen Umweltorganisationen zu pflegen. Dem Gemeinderat wünschen wir Mut, die geforderten Massnahmen durchzusetzen und grosse Strassenbauvorhaben unter diesem Aspekt anzusehen. Das Parlament soll dem Gemeinderat konkrete Aufträge erteilen. Dadurch könnten wir eine dringend nötige Verbesserung der Luftqualität erreichen. Diese beiden Beispiele haben wir bewusst ausgewählt, geht es dabei doch um lebenswichtige Bereiche wie Demokratie und gesunde Luft, die für unsere Zukunft von grosser Wichtigkeit sind.

Adrian Haas für die FDP-Fraktion: Zur Tätigkeit der Verwaltung bzw. zur Erfüllung politischer Vorgaben wurde bereits im letzten Jahr bei der Behandlung des sogenannten Evaluationsberichts zu den Legislaturrichtlinien lange debatiert. Die FDP hält sich deshalb kurz. Wir haben uns beim Durchlesen des Verwaltungsberichts wiederum gefragt, welche Anstrengungen zur Effizienzsteigerung und zu einer kostengünstigeren Aufgabenerfüllung unternommen worden sind. Zunächst einmal ist ganz allgemein die flächendeckende Einführung der Kostenrechnung, des Controllings und der Leistungsstatistik zu erwähnen. Sie sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Bei der *Präsidialdirektion* sind positiv im Sinne einer Effizienzsteigerung die ersten Schritte zur Einführung eines modernen Geschäftskontroll- und Koordinationssystems bei der Stadtkanzlei zu vermerken. Sodann auch die Reorganisation der Stabsdienste und der Informatikdienste. Auch dürfte die EDV-unterstützte Bearbeitung von Geschäften beim Bauinspektorat und beim Amt für Statistik etwas bringen. Als positives Beispiel bezüglich Effizienz bei der *Polizeidirektion* ist die Inangriffnahme eines Raumbewirtschaftungssystems zu erwähnen oder die Neugestaltung des Rapportsystems und die Projektierung einer EDV-Lösung zur Verarbeitung der Ordnungsbussen. Besonderen Gefallen fanden wir am Sponsoring von Spielgeräten im Marzilibad durch eine private Firma. Nach diesem Beispiel liessen sich vermutlich noch andere öffentliche Aufwendungen finanzieren. Bei der *Schuldirektion* konnten wir nur einen bescheidenen Reformwillen erkennen. Dies erstaunt eigentlich, weil gerade diese Direktion als Folge der Kantonalisierung vieler Aufgaben eine Gesamtorganisation mit Stellenreduktion vornehmen müsste. Demgegenüber beklagt sich die Schuldirektion auf S.88 des Berichts über die gemeinderätliche Stellenbewirtschaftung. Als positiv ist immerhin zu vermerken, dass die städtischen Ferienheime überprüft worden sind und beabsichtigt ist, einzelne zu verkaufen. Ebenso erfreulich ist, dass sich private Zahnärzte nun unter gewissen Bedingungen am Schulzahnmedizinischen Dienst beteiligen können. Bei der *Direktion der Stadtbetriebe* ist die Einführung von NSB beim Strasseninspektorat, die Aufhebung der Sondersammlung mit Grüncontainern, Effizienzsteigerungen beim EWB, vermehrte Drittwerbung bei den SVB und die Zusammenlegung der Garagenbetriebe von GWB und SIB als beispielhaft zu erwähnen. Die Einführung einer bescheidenen Häckselgebühr von Fr. 20.- führte zu einem Rückgang der Nachfrage um 58%. Vielleicht liessen sich auch in andern städtischen Bereichen Aufgaben auf ein vernünftiges Mass reduzieren, wenn getestet würde, was die Bürgerinnen und Bürger dafür zu bezahlen bereit sind. Bei der *Fürsorge- und Gesundheitsdirektion* fällt auf, dass die wachsenden Aufgaben praktisch mit dem gleichen

Personalbestand bewältigt werden konnten. Sie bildet damit einen wohlthuenden Kontrapunkt zur Schuldirektion. Die externen und subventionierten Organisationen leisteten einen auffallend stärkeren Beitrag zu diesem Resultat als stadteigene, die teilweise noch expandiert haben. Positiv fällt auch die Realisierung von Controlling-Projekten in zahlreichen Bereichen oder das neue EDV-Konzept beim Fürsorgeamt auf. Offensichtlich gibt es noch Aufgaben, auf die problemlos verzichtet werden kann, wie z.B. auf die mikrobiologischen Untersuchungen der Lebensmittelkontrolle. Bei der *Planungs- und Baudirektion* hat sich die Reorganisation des Tierparks bereits zu Buche geschlagen, indem offenbar dank besserer Organisation zwei Tierpflegerstellen eingespart werden konnten. Reorganisiert wurden auch die Zentralen Dienste, sowie das Tiefbauamt und das Amt für Abwasserentsorgung. Ferner wurden die Aufgaben, die Struktur und die Organisation des Vermessungsamts überprüft. Ein Reorganisationskonzept wird 1997 umgesetzt. Ebenso hat der Gemeinderat eine Vereinigung des Abwasseramts und des Tiefbauamts beschlossen, die hoffentlich in diesem Jahr durchgezogen wird. Auch bei der *Finanzdirektion* sind verschiedene Reformprojekte im Gang. So z.B. die Verbesserung des EDV-Systems der Finanzverwaltung, die Reorganisation der Liegenschaftsverwaltung (ein Dauerbrenner) oder die Zusammenfassung der gemeindeeigenen Restaurationsbetriebe zu einer Verwaltungseinheit. Auch dürften der Zugriff der Steuerverwaltung auf relevante Daten des Einwohnerregisters oder das Outsourcing des Verantwortlichen für Arbeitssicherheit zu Effizienzsteigerungen führen. Erwähnenswert sind auch die vermehrten Bemühungen bei der Überprüfung von Wochenaufenthalten. Dies sollte zu einer besseren Ausschöpfung des Steuersubstrats führen.

Zusammenfassung und Schlussbetrachtung: In der Verwaltung sind verschiedene Anstrengungen zu einer effizienteren und zeitgemässeren Aufgabenerfüllung sichtbar. Die prekäre Finanzlage, insbesondere die schwarzen Finanzperspektiven und die Tatsache, dass die Steuereinnahmen noch einmal zurückgehen werden und ein Ausgleich der Zentrumslasten mindestens in absehbarer Zeit nicht erfolgen wird, machen zusätzliche Anstrengungen absolut unumgänglich. Liest man den Bericht aufmerksam, wird ersichtlich, dass es durchaus noch Möglichkeiten zu weiteren Strukturveränderungen und Rationalisierungen gibt. Unsere Fraktionserklärung konnte wie immer nur einzelne Aspekte der umfangreichen Tätigkeit der Verwaltung beleuchten. Dies bedeutet nicht, dass wir die grosse geleistete Arbeit verkennen. Wir danken der Verwaltung für ihre Arbeit im Berichtsjahr.

Für die SP-Fraktion spricht *Irène Marti Anliker*. Gestern diskutierten wir in der speziellen Kommission NSB über die politischen Instrumente der Behörden. Dem Verwaltungsbericht käme eigentlich eine Überwachungsfunktion des Parlaments zu. Diese Funktion nimmt vor allem die GPK wahr. Das Plenum des Stadtrats kann dem Gemeinderat nur Fragen stellen. Die Debatte zum Verwaltungsbericht wird deshalb von einigen Ratsmitgliedern als Ritual ohne Sinn bezeichnet. Früher gab es noch das unselbständige Postulat als Instrument mit Steuerungsmechanismus. Gerade im Zusammenhang mit NSB sollten die Überwachungsaufgaben des Parlaments neu definiert und geregelt werden, so dass eine Verwaltungsberichtsdebatte Überwachungs- oder Steuerungsfunktionen haben kann. Der Gemeinderat sollte es nicht als nachteilig empfinden, wenn der Rat die Tätigkeit der Verwaltung kritisch prüft, sondern froh sein, dass sich der Rat kritisch damit auseinandersetzt, dass er Interesse an der Arbeit der Verwaltung zeigt. Die SP-Fraktion hat sich von ihren GPK-Mitgliedern orientieren lassen und Fragen schriftlich eingereicht. Drei Schwerpunkte treten im Verwaltungsbericht speziell hervor: Die finanzielle Situation, Aufgabenverlagerungen von der Gemeinde an den Kanton und die Neudefinition des öffentlichen Gemeinwesens. Überall muss mit weniger Personal mehr geleistet werden, alle Dienstleistungen müssen erfüllt werden. Es besteht auf der personalpolitischen Seite kein Spielraum mehr, und es ist vor allem aus gesundheitlichen Gründen nicht sinnvoll, den Beschäftigten immer mehr Arbeit aufzuzwingen. Ein erster zaghafter Schritt in die richtige Richtung ist unserer Ansicht nach die Arbeitszeitverkürzung, d.h. Verteilung der Arbeit auf mehr Menschen, auch auf arbeitslose. Die öffentlichen Aufgaben sollen weiterhin erfüllt werden können, und auch die Einnahmenseite muss verbessert werden, d.h. es muss eine Politik betrieben werden, die mehr Menschen in unserer Stadt wohnen und Steuern bezahlen lässt. Die Bürgerlichen mögen deshalb die kinder- und familienpolitischen Vorstösse der SP mitunterstützen.

Von der *Aufgabenumverteilung an den Kanton* sind vor allem die Schule und der öffentliche Verkehr betroffen. Aus dieser Situation abzuleiten, die Stadt habe dadurch zuviele Exekutivmitglieder oder zuviele Angestellte, wäre vorschnell und zeugte von einem Denken, das der Kategorie Erbsen zählen zugeordnet werden müsste. Es muss jedoch über eine Umlegung von Aufgaben in den Direktionen nachgedacht werden, eventuell sogar über eine Neukonstruktion der Direktionen. *Neudefinition des öffentlichen Gemeinwesens:* Das NSB wird ausgeweitet. Wir unterstützen alle Bemühungen, die Dienstleistungen entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung anzubieten, sorgfältig mit städtischem Geld umzugehen, Verwaltungsabläufe geschmeidiger zu machen und die Selbstbestimmung an den Arbeitsplätzen zu erhöhen. Es ist jedoch sehr bemühend, dass es modern geworden ist, die öffentlichen Dienstleistungen grundsätzlich schlecht zu machen und Beamte als denkfaule

Menschen zu bezeichnen. Private Unternehmen arbeiten offenbar schneller, besser und billiger. Über Qualität und die effektiven Kosten wird nicht diskutiert. Wir stehen nach wie vor zu einem öffentlichen Gemeinwesen, das Aufgaben wahrnimmt, und wir wollen als politische Instanz auch mitbestimmen können, ob und wie die Aufgaben gelöst oder verändert und unter welchen Bedingungen Dienstleistungen erstellt werden. Rationalisierungen im Bereich des Fürsorgewesens können ein Gemeinwesen teuer zu stehen kommen, weil nicht mehr qualitativ gute Arbeit geleistet werden kann und später teure Reparaturarbeit bezahlt werden muss. Sparen am falschen Ort ist sehr teuer. Wir wollen als politische Behörde Verantwortung wahrnehmen, sagen, welche Aufgaben die Stadt übernehmen und wie sie sie ausführen soll. In diesem Sinn dankt die SP-Fraktion allen Menschen, die in der Stadtverwaltung für die Stadt Bern arbeiten.

Arnold Bertschy (CVP) spricht für die Fraktion CVP/ARP/FPS. Selbstverständlich ist es auch unserer Fraktion ein echtes Anliegen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre grosse Arbeit bestens zu danken. Danken möchten wir jedoch auch der GPK, die in zeitraubender Arbeit auch dieses Jahr die Verwaltungsbesuche absolviert und eigentlich alle wichtigen Fragen bereits geklärt hat. Unsere Fraktion beabsichtigt heute deshalb nicht, die Sitzung unnötig zu verlängern und Fragen zu stellen, die mit einem Anruf bei der entsprechenden Person oder einem Amt erledigt werden könnten. Machen wir uns nichts vor! Die heutige Debatte macht wenig Sinn und hat nichts mit der vielzitierten und oft geforderten Effizienz im Rat zu tun. Oder glaubt jemand ernsthaft, dass am Schluss dieses Frage- und Antwortspiels der Verwaltungsbericht nicht genehmigt wird? Wir sind der Meinung, wenn irgend etwas nicht richtig läuft, sollten dies die Ratsmitglieder vorher feststellen und nicht erst, wenn der Verwaltungsbericht vorliegt.

Für die Fraktion EVP/LdU *Peter Stucki* (EVP): Unsere Fraktion ist mit der geleisteten Arbeit der Verwaltung im vergangenen Jahr grossteils sehr zufrieden. Den Frauen und Männern in der Verwaltung gehört deshalb unser Dank für die Arbeit, die sie leisten. Eine gut funktionierende Verwaltung und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen dazu bei, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner in dieser Stadt wohl fühlen. Soll unsere Stadt jedoch wieder zu einer begehrten und wohnwerten Stadt werden, genügt eine Verwaltung, die nur verwaltet, nicht. Wollen wir Menschen nach Bern zurückholen, ist Kreativität gefordert. Vielleicht müssen alte, liebgewonnene Zöpfe abgeschnitten und neue Wege gesucht werden. In der Vergangenheit entstand bei uns öfter der Eindruck, dass jede Direktion ihr eigenes Süppli kocht und die Sicht für das Ganze verlorengegangen ist. Dies gilt auch für den Gemeinderat. Gegen aussen scheint unsere Exekutive häufig zerstritten. Wohlgemeinte Dementis können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch dem Gemeinderat öfter an der Sicht für das Ganze fehlt und viele nur für sich selber sorgen. Wir wünschen uns, dass sich die Exekutive zum Wohl der Stadt zusammenrauft und gemeinsam versucht, Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden.

Wir hoffen, dass die *Präsidialdirektion* auch in Zukunft alles daran setzt, dass ein regionaler Lastenausgleich bald Tatsache wird. Aussagen eines Ratsmitglieds in der Presse, dass die Stadt diesen Lastenausgleich vergessen könne, stützen den Rücken der Stadt Bern bei kommenden schwierigen Verhandlungen in keiner Art und Weise. Die Aussagen der *Stadtpolizei* zum Drogenhandel tönen sehr negativ. Wir haben den Eindruck, die Polizei habe vor der Dealerszene kapituliert. Wir finden, es wäre sinnvoller, dafür mehr Personal einzusetzen, anstatt die kleinen Konsumenten zu jagen und zu erfassen. Mit Genugtuung haben wir festgestellt, dass es gelungen ist, einige der grössten Unfallschwerpunkte zu sanieren. Wir erwarten von der Polizeidirektion, dass sie sich weiterhin mit allen Mitteln dafür einsetzt, dass die Blaue Zone und das Parkkartenreglement baldmöglichst in der ganzen Stadt eingeführt werden. Erstaunt hat uns, dass die Schwierigkeiten der Bauern demonstration im Verwaltungsbericht mit keinem Wort erwähnt werden. Bedeutet dies, dass die Polizeidirektion aus Vorkommnissen, die landesweit zu Aufsehen und Anzeigen führten, nichts lernen will? Bei der *Schuldirektion* sind zwei Punkte besonders erwähnenswert: Die Richtlinien zur Erhebung der Anrechnungbarkeit von Qualifikationen aus Haus- und Erziehungsarbeit, was wir sehr unterstützen, und die Anstrengungen, die Aussenräume von Kindergärten und Schulen neu zu gestalten, und dass dafür auch Geld aus der Kochbuchkasse eingesetzt werden konnte. Bei der *Fürsorge- und Gesundheitsdirektion* gaben uns zwei Aussagen sehr zu denken: Einerseits wird stolz festgestellt, dass es gelungen ist, mit den knappen Mitteln die stets wachsenden Aufgaben mit praktisch gleichbleibendem Personalbestand zu erfüllen, andererseits heisst es aber, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren Kräften an die Grenzen gestossen sind, dass sogar ernsthafte und lange Krankheitsabsenzen aufgefangen werden mussten. Diese Aussage schockierte uns. Es darf nicht sein, dass durch den Spardruck Menschen verheizt werden. Übermässig sparen kann menschenunwürdig werden und krank machen. Motiviertes Personal ist enorm wichtig. Wir wollen Leute, die ihre Arbeit gerne erledigen und motiviert und kreativ sind. Im Bereich der Drogenarbeit hoffen wir, dass die Zusammenarbeit nicht nur bei Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern an der Front intensiviert wird,

sondern auch zwischen dem Polizeidirektor und der Fürsorgedirektorin. Bei der *Planungs- und Baudirektion* fällt auf, dass zwar viele Projekte in Angriff genommen wurden, die Neugestaltung des Bären- und Waisenhausplatzes jedoch immer noch auf sich warten lässt (echte Flanierzonen). Ganz besonders zu erwähnen ist der zoopädagogische Dienst des Tierparks. Trotz der grossen Unstimmigkeiten in der Leitung leisteten die Angestellten hier Vorbildliches. Bei den *Verkehrsbetrieben* wünschen wir uns mehr Kundenfreundlichkeit. Dies könnte zum Teil mit ganz einfachen Mitteln erreicht werden, z.B. indem die Chauffeure Deutsch sprechen lernen und Haltestellen deutlich ansagen, auch für ortsunkundige Passagiere. Leider konnte das Abfallproblem immer noch nicht gelöst werden (Grosse Schanze, Bärenplatz usw.). Wir hoffen, dass bald ein entsprechendes Konzept vorliegt. Ob sich die Gebühr für den Häckseldienst bezahlt macht, wird sich zeigen. Wo bleiben nun die Äste, die früher gehäckselt worden sind? Wo werden sie entsorgt? Nicht jede Sparmassnahme wirkt sich für die Umwelt und die Verwaltung positiv aus.

Rudolph Schweizer für die SVP-Fraktion: Der Verwaltungsbericht 1996 gibt Anlass zu einer Standortbestimmung, weil er über die Arbeit des Gemeinderats und der Stadtpolitik im Jahre 4 nach der Übernahme der Mehrheit der rotgrün dominierten Exekutive rapportiert. Welche Massnahmen wurden in der Legislatur 1993 - 1996 ergriffen? Von 299 Massnahmen wurden 2/3 = 193 als erfüllt abgeschrieben. 61 Massnahmen sind am Ende der Legislatur noch in Arbeit. Auf die Umsetzung von 45 Massnahmen (15%) wurde aus verschiedenen Gründen verzichtet. Welche Legislaturziele wurden erreicht? 37 der insgesamt 202 aufgeführten Legislaturziele sind vollständig, 51 weitgehend, 92 teilweise und 22 nicht erfüllt worden, bzw. wurde auf die Erfüllung verzichtet. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass mit diesem erstmals erarbeiteten Instrument der politischen Planung, Mut zu etwas Neuem, vielleicht zu einem Umdenken in gewissen Bereichen bewiesen wurde. Für unsere Fraktion ist das Ergebnis aber eher ungenügend. Für eine sinnvolle Stadtentwicklung sind Ideen vorhanden. Wir denken dabei an die Konzepte zur räumlichen Stadtentwicklung, für die Wirtschaft, den Tourismus, an die Totalrevision GO, die Pilotversuche mit den NSB-Projekten und die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts. Der Gemeinderat sollte jedoch mehr Mut haben, Prioritäten zu setzen.

Präsidialdirektion: Die Arbeit am räumlichen Stadtentwicklungskonzept erachten wir als sehr wichtig. Mit den Folgearbeiten zum STEK sollen die Aussagen räumlich und inhaltlich konkretisiert werden. Im Bereich Siedlung wurden 1996 vor allem methodische Vorarbeiten zu den Quartierplänen geleistet. Der Mangel an preisgünstigen Wohnungen bedrückt uns nach wie vor. - Neue Stadtverwaltung Bern (NSB): Mit dem neuen Modell konnten wesentliche Elemente der neuen Verwaltungsführung z.B. bei der Berufsfeuerwehr, dem Jugendamt und dem Strasseninspektorat in der Praxis getestet werden. Kostentransparenz und Kostenbewusstsein sind zwei wichtige Voraussetzungen, um finanzielle Entlastungen realisieren zu können. - Reitschule: Wir sind stolz auf unsere gutgeheissene Beschwerde zum bewilligten Kredit von 1,498 Mio Franken für bauliche Sofortmassnahmen. Weniger stolz sind wir auf die unentgeltliche Überlassung der Grosse Halle bis Ende 1999 an die IKUR. Im Bereich regionale Zusammenarbeit im VRB wurde zwar einiges erzielt, es könnte jedoch unserer Ansicht nach noch mehr getan werden. - Wirtschaftsamt: Über die Förderung der Wirtschaft, den Tourismus usw. existieren umfangreiche Berichte, Strategien und Lippenbekenntnisse, aber keine Taten. Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer an die GRUETZE zu verweisen, ist begrüssenswert und richtig, aber, sollte dies die ganze Wirtschaftsförderung sein, eher schwach.

Finanzdirektion: Die Finanzlage der Stadt Bern ist weiterhin sehr angespannt. Die Perspektiven zeigen, dass in den nächsten Jahren ohne einschneidende Gegenmassnahmen mit keinen Verbesserungen gerechnet werden kann. Wir warten gespannt auf den Erfolg der Finanzstrategie 1997 - 2000. Die Reduktion des Personalaufwands begrüssen wir. Wir fordern von der Finanzdirektorin aber schnellere Schritte in Richtung ausgeglichener Finanzhaushalt. Der Verlustvortrag erhöhte sich per Ende 1996 auf 238 Mio Franken, das bedeutet für die 129'000 Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt Bern nahezu 20'000 Franken pro Person. Eine vierköpfige Familie trägt heute 80'000 Franken Schulden der Stadt Bern auf dem Buckel.

Direktion der Stadtbetriebe: Aus dem Bericht des EWB geht hervor, dass ein höherer Reingewinn erwirtschaftet werden konnte als die sehr hohen Budgetvorgaben von 27,82 Mio Franken. Gleichzeitig konnte für 5,2 Mio Franken Strom an Dritte verkauft werden. Bei den SVB fand keine Tarifierhöhung statt. Das ist begrüssenswert. Wir bitten, auch in Zukunft nicht an eine Tarifierhöhung zu denken. 1996 wurden die Investitionen der SVB gemäss GÖV erstmals über den Kanton bestellt und finanziert. Ob dies der richtige Weg ist, wird sich weisen.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektion: Die wachsende Neue Armut kann uns nicht gleichgültig sein. Wir setzen uns dafür ein, dass denjenigen geholfen wird, die es wirklich nötig haben. Die wachsenden Aufgaben konnten mit dem gleichen Personalbestand bewältigt werden - dank erhöhtem Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Erfreulicherweise konnten 95 neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden. Dank der Erhöhung des Kantonsbeitrags für die Sozialversicherung verminderten

sich die Fürsorgeaufwendungen, obschon die Zahl der zu unterstützenden Personen zugenommen hat. Dagegen ist bei der Alimentenbevorschussung ein Verlust von mehr als 1,8 Mio Franken zu verzeichnen. Dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit, der zunehmenden Zahl der Working poor, wird vermehrt Beachtung geschenkt. Die Neueinführung der Leistungsverträge scheint sich zu bewähren. Das Prinzip dieser Verträge muss jedoch noch weiter ausgebaut und verfeinert werden.

Polizeidirektion: In der Bevölkerung besteht nach wie vor eine grosse Unsicherheit in bezug auf die zivile Sicherheit. Wir fordern deshalb mehr Polizeipräsenz in Uniform. Die Polizeidirektion und die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion sollten enger zusammen und nicht gegeneinander arbeiten. Bereits früher haben wir auf die mangelhafte psychologische Ausbildung des Polizeikorps aufmerksam gemacht. Vom Polizeidirektor erwarten wir, dass er den Problemkreis Aggressivität im und wegen des Dienstes ernst nimmt und Lösungen sucht.

Schuldirektion: 1996 war das letzte Amtsjahr von Joy Matter. Die SVP-Fraktion dankt ihr für die von ihr geleistete grosse Arbeit. Das vergangene Jahr war wiederum von Wandlungsprozessen gekennzeichnet: Inkraftsetzung des neuen Volksschulgesetzes, Einsetzen der Elternräte, Pilotprojekt "mitten unter Euch", sechstes freiwilliges Tagesschulangebot. Zu denken gibt uns nach wie vor die zunehmende Gewalt an den Schulen. Wir unterstützen die Arbeitsgruppe Gewalt und anerkennen das von dieser Gruppe erarbeitete, in den Fachkreisen der ganzen Schweiz bekannte, Merkblatt "Gewalt in der Schule/im Kindergarten".

Planungs- und Baudirektion: Mit der Eröffnung der neuen Sporthalle Wankdorf konnte etwas für das Lehrlingsturnen und den Vereins- und Spitzensport getan werden. 1996 wurde dem Ziel der Substanzerhaltung nachgelebt. Die Liste der dringenden Sanierungsvorhaben ist jedoch noch lang. Wir bitten den neuen Planungs- und Baudirektor, die jeweiligen Jahrestanchen der MIP für die Erhaltung der städtischen Bausubstanz voll auszunützen und gleichzeitig einen wertvollen Beitrag an die Erhaltung von Arbeitsplätzen in Bau- und Baunebengewerbe zu leisten.

Im Berichtsjahr ist von der Verwaltung wiederum grosse und engagierte Arbeit geleistet worden. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern recht herzlich.

Für die Fraktion GFL spricht *Michael Burri*. Auch wir schliessen uns dem Dank an die Verwaltung und an den Gemeinderat für die Tätigkeit im vergangenen Jahr und den vorliegenden Bericht an. Es ist beeindruckend festzustellen, was alles in einem Gemeinwesen in der Grösse der Stadt Bern läuft, wieviel Koordination nötig ist, wieviel zur Routine gehört und wieviele neue Probleme, Fragestellungen und Aufgaben angegangen werden. Wir erachten den Verwaltungsbericht als wertvolle Information und Zugang zur Stadtratstätigkeit. Der Verwaltungsbericht ist ausführlich, Beurteilungskriterien fehlen jedoch, und es kann keine Messlatte gesetzt werden. Der Bericht ist eine Darstellung der Verwaltungstätigkeit. Um eine tatsächliche leistungsmässige und inhaltliche Beurteilung vornehmen zu können, müssen auch klare Beurteilungskriterien vorgegeben sein. Mit den Legislaturrichtlinien bzw. dem Evaluationsbericht dazu wurde ein erster Anfang gemacht. Die GPK sollte prüfen, ob es nicht sinnvoll wäre, die Delegationen nicht immer neu zu bestellen, denn nur mit einem Verfolgen des Geschehens über mehrere Jahre ist eine kritische Auseinandersetzung möglich. Das Abhandeln von Postulatsberichten im Anhang des Verwaltungsberichts bedeutet eine Entsorgung auf dem Schleichweg. Dieser Vorwurf geht vor allem an die Finanzdirektion. Wir glauben zwar auch, dass dieser oder jener Vorstoss mit einem Telefonanruf hätte erledigt werden können, andererseits sollten aber die politischen Aktivitäten und wenigen Einflussmöglichkeiten nicht unnötig abgemurkst werden. Nicht verständlich für uns ist, wenn ein Postulat, das vom Bund Infrastrukturbeiträge an die Stadt Bern verlangt, auf diese Weise erledigt wird. Es handelte sich dabei um einen interfraktionellen Vorstoss, der fast von allen Ratsmitgliedern unterschrieben und wofür ein Prüfungsbericht abgelehnt worden ist.

Die *Finanzdirektion* bemüht sich, Arbeitszeitmodelle zu erarbeiten, mit welchen die Arbeit reduziert wird, um Kosten zu sparen, aber auch auf mehrere Hände zu verteilen. Letzteres finden wir gut, ersteres ist eine unerwünschte aber logische Konsequenz des gegenwärtigen Steuersystems. Stellenteilungen wären gemäss Art.9, Abs.3 des Personalreglements bereits heute möglich. Dies zu fördern, ist heute beschäftigungspolitisch dringend angezeigt.

In der *Präsidialdirektion* nimmt das Thema Kanton viel Platz ein. Die verschiedenen Arten von Finanzausgleichsmöglichkeiten machen einen äusserst undurchsichtigen, komplizierten Eindruck und lassen glauben, dies alles zu bewirtschaften, werde enorme Kräfte verschlingen und sei ohne Leistungsverluste nicht zu haben. Wir erachten es als dringend nötig, dass in dieser Sache Transparenz geschaffen wird. Die Tendenz geht deutlich dahin, dass der Kanton an die Gemeinden weniger bezahlt und dafür die Kompetenzen der Gemeinden steigen. Es kann eine Entflechtung stattfinden, die aber bezahlt werden muss.

Unverkennbar dünner wird die Berichterstattung aus der Schuldirektion. Sie ist zwar noch sehr mit den Abtretungen an den Kanton beschäftigt. Wir sind froh, wenn kompetent und hart verhandelt wird, um sinnvolle und finanziell gerechte Lösungen für die Stadt zu erreichen. Wir sehen nach Abschluss

dieser Verhandlungen für die Schuldirektion ein neues Betätigungsfeld in den Bemühungen, ausländische Kinder und Eltern in unser Ausbildungssystem zu integrieren, darin heimisch werden zu lassen. Die Probleme verschärfen sich mit den knapper werdenden Arbeitsplätzen. Der Druck, Schuldige zu finden, löst Konflikte aus, eine latente Ausländerfeindlichkeit schafft unkontrollierbare Gräben. Die Schuldirektion sollte ihr freiwerdendes Potential dazu nutzen, um diese Probleme aktiv anzugehen. Ein aktive Rolle spielt auch die Berufsberatung. Sie reagierte auf das gesteigerte Bedürfnis von Stellensuchenden nach Information und Beratung schnell und unkompliziert mit neuen Angeboten.

Es ist uns bewusst, dass auch in der Fürsorge- und Gesundheitsdirektion die belastende Zeit weiter andauert: Einerseits viele Hilfesuchende, andererseits der Spardruck, der die Hilfsmöglichkeiten finanziell und personell einschränkt. Bei aller Unterstützung von klaren Leistungsvereinbarungen darf auch im sozialen Bereich nicht vergessen werden, dass die subventionierten Institutionen zum grossen Teil ehrenamtlich geleitet werden - Gratisarbeit, die mit Verantwortung und Fachkompetenz verbunden ist. Eine günstige Lösung für die Stadt, die etliche teure Beamten- und Beamtinnenstellen sparen hilft.

Auf die Diskrepanz zwischen ehrenamtlich Tätigen und von der Stadt Angestellten, die professionell arbeiten können, sollte mit Rücksicht und Unterstützung reagiert werden, denn das System kann nur mit genügend Freiwilligen leben, die ihre Arbeit den Stadtbehörden gegenüber nicht als Frust erleben.

Polizeidirektion: Wir anerkennen, dass in der speziellen Situation der Bundeshauptstadt die Polizei eine anspruchsvolle Aufgabe wahrnimmt, und wir wollen, dass sie dafür personell und finanziell gut ausgerüstet ist. Aber auch mit etwas mehr Fingerspitzengefühl könnte die Arbeit erleichtert werden. Weshalb werden aktive Bewohnerinnen und Bewohner abgeblockt, die sich für eine Verbesserung im Quartier einsetzen - meistens mit einem Hinweis auf hängige Vorstösse im Stadtrat?

Mit dem STEK und dem Wirtschaftskonzept bekannte sich Bern zur sogenannt wirtschaftlichen Ökostadt. In der Planungs- und Baudirektion ist man überzeugt, Bern sei auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen Ökostadt. Es wird jedoch offensichtlich, wie ein Ziel zur leeren Floskel verkommen kann, wenn die Ziele nicht klarer gesetzt werden. Bei jeder Planung werden die ökologischen Aspekte der Wirtschaft untergeordnet, den wirtschaftlichen Möglichkeiten angepasst. Bei jeder wichtigen Planung wird die Ökologie und die Quartierverträglichkeit bezüglich Verkehr, Lärm und Grünflächen zum Mauerblümchen degradiert (Wankdorf, NAHA 2, Masterplan). Für uns büsste die Stadtplanung ihre Glaubwürdigkeit ein. Wir erachten es als dringend angezeigt, entscheidende Korrekturen vorzunehmen.

Die mit Silvia Aepli bezeichneten, schriftlich eingereichten Fragen stammen von verschiedenen Fraktionsmitgliedern.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* dankt den GPK-Mitgliedern im Namen des Gemeinderats für ihre Berichterstattung. Die Gemeinderatsmitglieder werden im Rahmen der Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen auch zu der Berichterstattung der GPK und zu den Fraktionserklärungen Stellung nehmen. Es freut uns, dass die Arbeit der Verwaltung und des Gemeinderats anerkannt wird.

Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen:

Präsidialdirektion

Zentrumsnutzen/Zentrumslasten

Fragen der FDP-Fraktion (Adrian Haas) zu S.17/18:

Es werden die Zentrumslasten angesprochen. Wie schätzt der Gemeinderat die Chancen ein, dass im Rahmen der Neuordnung des bernischen Finanz- und Lastenausgleichs eine gewisse Abgeltung erfolgen wird? Weiss der Gemeinderat, dass gemäss kantonalem Zeitplan - wen überhaupt - frühestens im Jahr 2001 entsprechende gesetzliche Regelungen in Kraft treten können?

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Auf Drängen der Stadt Bern und mit Unterstützung der übrigen bernischen Kernstädte Biel, Thun, Burgdorf und Langenthal wurde die lange vernachlässigte Problematik der Zentrumslasten im Rahmen des Projekts Aufgabenteilung Kanton - Gemeinden ernsthaft angegangen. Erstmals liegt eine von unabhängigen Expertinnen und Experten erstellte Studie vor, die den Umfang der Zentrumslasten und -nutzen ausweist. Die Studie wurde von einer Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Ständerat Prof. Dr. U. Zimmerli begleitet und verabschiedet, in der Kanton, Kernstädte und Agglomerationsgemeinden vertreten waren. Weitere vom Kanton veranlasste Studien finanzwissenschaftlicher Expertinnen und Experten haben das Ungenügen des heutigen Finanz- und Lastenausgleichs insbesondere im Bereich der Zentrumslasten und das Bestehen

eines dringenden Handlungsbedarfs nachgewiesen. Der Effekt des direkten Lastenausgleichs wird fast wettgemacht durch den Lastenausgleich im Fürsorgewesen usw. Der Gemeinderat schätzt die Chancen, eine wesentliche Verbesserung der Stellung der Kernstädte im Finanz- und Lastenausgleich zu erreichen, als gut ein. Er erwartet, dass diese Neuordnung des bernischen Finanz- und Lastenausgleichs eine zumindest teilweise Abgeltung der nachgewiesenen Zentrumslasten bringen wird. Zeitplan und Umsetzungsplanung der Kantonsregierung: Ende 1997 Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zum Grundsatzbeschluss des Regierungsrats; November 1998 Beratung des bereinigten Grundsatzbeschlusses im Grossen Rat; im Jahr 2000 Beratung der erforderlichen Gesetzesanpassungen im Grossen Rat; 1.1.2001 Inkraftsetzung der Neuordnung des bernischen Finanz- und Lastenausgleichs.

Frage der SP-Fraktion zu S.17/18:

Welche strategischen Überlegungen macht sich der Gemeinderat, damit die gewonnenen Erkenntnisse bezüglich Zentrumslasten tatsächlich bei der Neuregelung des kantonalen, direkten Finanzausgleichs berücksichtigt werden?

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Zur Abgeltung von Zentrumslasten stehen vier Varianten zur Diskussion: Freiwillige Zahlungen und regionale Trägerschaften; ausgebauter regionaler Lastenausgleich mit kantonalem Rahmengesetz (wie Kulturförderung); Kantonalisierung oder kantonale Subventionierung; Pauschallösung - der sog. Zentrumsbonus - im direkten Finanzausgleich. Die Bedeutung der Kernstädte für den Kanton, die Grösse ihres Einzugsgebiets sowie die Komplexität der Verhältnisse bei einer Vielzahl sich überschneidender Ausgleichssysteme für einzelne Bereiche macht die Realisierung eines funktionsfähigen Ausgleichs zu einer kantonalen Aufgabe. Der Gemeinderat ist daher der Überzeugung, dass die Abgeltung der Zentrumslasten in erster Linie bei der Neuregelung des kantonalen, direkten Finanzausgleichs erfolgen muss. Er schliesst sich damit aber keineswegs der Möglichkeit, gegebenenfalls in geeigneten Sachgebieten (wenn klare Verhältnisse vorliegen, eine klare Abgrenzung der Begünstigten möglich ist) andere Abgeltungsvarianten ins Auge zu fassen. Die Neuordnung des bernischen Finanz- und Lastenausgleichs bildet eines der Hauptprojekte der Aufgabenteilung Kanton - Gemeinden. Dazu gehört unbestrittenmassen der vollständige Umbau des direkten Finanzausgleichs. Die Stadt Bern ist im Gesamtpjektausschuss Aufgabenteilung durch den Stadtpräsidenten vertreten und arbeitet auch in weiteren Gremien dieses Grossprojekts mit. Hier liegt augenblicklich das wichtigste Arbeitsfeld. Die Stadt Bern übernahm im Projekt Aufgabenteilung von Anfang an eine aktive Rolle und unterbreitete wo notwendig Anregungen und Vorschläge zum Vorgehen, zeigte Lösungsmöglichkeiten, z.B. für die Berücksichtigung der Zentrumslasten im direkten Finanzausgleich, auf und leistete bei der Beschaffung der notwendigen Entscheidungsunterlagen - so bei der Zentrumslastenstudie - aufwendige Arbeit. Wir werden uns auch weiterhin sehr aktiv einsetzen. Wo nicht unterschiedliche Interessenlagen ein gemeinsames Vorgehen verunmöglichen, sucht die Stadt Bern die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung durch den Verband Bernischer Gemeinden. Von besonderer Bedeutung ist ebenfalls die stark aktivierte Zusammenarbeit der fünf bernischen Kernstädte, die sich sehr bewährt hat. Im bisherigen Projektverlauf haben sich auch die bestehenden Kontakte zwischen den Regierungen sowie den Verwaltungen des Kantons und der Stadt positiv ausgewirkt. Der Entscheid über Erfolg oder Misserfolg fällt letztlich auf politischer Ebene. Der Gemeinderat pflegt enge Kontakte mit den stadtbernischen Mitgliedern des Grossen Rat, um mit Information und Diskussion zum gegenseitigen Verständnis beizutragen. Wir nehmen aber auch Einfluss auf Regierungsebene.

Frage der Fraktion GFL zu S.18:

In der ganzen Problematik der Aufgabenteilung Kanton/Gemeinden und der Berücksichtigung von Zentrumslasten fliesst ein ganzes Netz von unübersichtlichen Finanzströmen. Der zu recht geforderte verstärkte regionale Lastenausgleich ist dabei noch nicht berücksichtigt und würde eine weitere besondere Finanzierung erfordern. Die Bewirtschaftung dieser immer komplizierteren Finanzierungsstrukturen zwischen Kanton und Gemeinden bedingt einen beträchtlichen administrativen Aufwand. Damit weitere "Verteilverluste" von lastenausgleichenden Finanzströmen vermieden werden könnten, müssten dringend auch andere Formen zumindest des regionalen Ausgleichs ins Auge gefasst werden. Zum Beispiel eine neue politische Struktur der Region, die demokratisch legitimiert und direkt und verbindlich handeln könnte. Hat es der Gemeinderat aufgegeben, auch die Stossrichtung in die regionale Zusammenarbeit einzubringen?

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Die Untersuchungen über die Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden im Rahmen des Projekts Aufgabenteilung Kanton - Gemeinden bestätigten die Unübersichtlichkeit des geltenden Finanz- und Lastenausgleichssystems und die damit verbundenen Mängel. Die Reformvorschläge sollen denn auch zu vermehrter Transparenz und geringeren "Verteilverlusten" führen. Es ist allerdings nicht zu verkennen, dass ein regionaler Lastenausgleich, der auf einer Vielzahl separater Vereinbarungen für einzelne Sachgebiete mit je unterschiedlicher räumlicher Ausdehnung, unterschiedlicher Rechtsform, unterschiedlichen Organen und Kompetenzen beruhen würde, nur schwerlich den Kriterien der Effizienz, der Transparenz sowie der demokratischen Entscheidungsfindung und Kontrolle zu genügen vermöchte. Die Stadt Bern hat sich denn auch stets für die Variante 4 "Abgeltung der Zentrumslasten durch deren Berücksichtigung im kantonalen direkten Finanzausgleich" eingesetzt. Die Bildung einer demokratisch legitimierten neuen politischen Struktur der Region wäre an sich ebenfalls geeignet, zumindest einen Teil der Zentrumslastenproblematik zu lösen. Der Gemeinderat hat es keineswegs aufgegeben, auch diese Stossrichtung weiterzuverfolgen. Auch im Rahmen der Strukturreform des damaligen VZRB zum neuen Verein Region Bern (VRB) hat sich die Stadt Bern für verbindlichere Formen der regionalen Zusammenarbeit ausgesprochen. Leider vermochten die Partnergemeinden diesem Schritt nicht zu folgen. Auf regionaler wie auf kantonaler Ebene zeigt sich, dass die Zeit noch nicht reif ist für die Bildung öffentlich-rechtlicher Regionen in der Form von Gebietskörperschaften mit entsprechenden Organen und Kompetenzen. Angesichts der Tatsache, dass sehr viele Probleme, regionale Probleme sind, wäre es angezeigt, eine solche Lösung anzustreben, politisch ist dies jedoch noch nicht möglich. Wir werden weiterhin versuchen müssen, diesem Ziel mit kleinen Schritten näherzukommen.

Die Sitzung wird um 16.20 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats:

Der Präsident: *Martin Frick*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*